

Signale für eine bessere Zusammenarbeit

Relevante Akteure sprachen im Weseler Kreishaus einen Tag lang am „Runden Tisch Salzbergbau“ intensiv miteinander. Am Ende steht die durchaus begründete Hoffnung, dass der Dialog anhält und Früchte trägt.



Im Bergwerk Borth baut K+S das Salz in einer Tiefe von 740 bis 1000 Metern unter Xanten, Sonsbeck, Alpen und Rheinberg ab.

Archiv-Foto: arfi

VON BERNFRIED PAUS

KREIS WESEL „ · Bergbau schützt vor Endlagerung.“ Die zugespitzte Formel, mit der der Direktor des Geologischen Dienstes NRW, Ulrich Pahlke, die Sorgen der Betroffenen zu besänftigen versuchte, blieb eine Randbemerkung im Finale zum „Runden Tisch Salzbergbau“ im Weseler Kreishaus. Es war eine von großer Sachlichkeit geprägte Schlussrunde am Ende eines langen Tages. Nahezu alle Akteure waren um Tiefgang auf einem hoch komplexen Themenfeld bemüht. Und um konstruktiven Austausch. Helmut Czichy, Chef-Techniker im Kreishaus, zog zufrieden Bilanz. Er gehe mit dem guten „Gefühl“ nach Hause, dass es gelungen sei, „besser miteinander ins Gespräch zu kommen und zu bleiben“. Mehr habe man kaum erwarten können.

Jürgen Choné, neuer Werksleiter des K+S-Bergwerks in Borth, das in den kommenden Jahrzehnten unterhalb von Rheinberg, Alpen, Sonsbeck und Xanten weiter abgraben darf, sicherte auf Grundlage des nun genehmigten Rahmenbetriebsplans Kooperation zu über den Beitritt zur Schlichtungsstelle hinaus.

Für die vier betroffenen Kommunen, die gegen die Abgrabungsgenehmigung der Bezirksregierung Arnsberg klagen, stieg Niklas Franke, Technischer Dezernent der Stadt Xanten, in den Ring. Die größte Sorge in den Rathäusern sei der drohende Verlust ihrer „Planungshoheit“ und damit die Einschränkung ihrer Entwicklung über Tage. Er forderte von K+S, ihre Kartenwerke um 3D-Modelle zu erweitern. „Es ist etwas anderes, unterm Fürstenberg abzugraben als unter der Niederung der Rheinaue.“ Die Bereitschaft dazu ließ der Bergwerkschef ebenso erkennen wie den Willen, denkmalgeschützte Gebäude stärker zu überwachen.

Langfristige Planungssicherheit reklamierte pointiert auch Deichgräf Rainer Gellings. Er sei es leid, beim Hochwasserschutz dem Salzbergbau „immer nur hinterherzulaufen“. Die vom Salzabbau verursachten Senkungen zwängen dazu, die Deiche zu erhöhen. Diesem Zweck soll die geplante, zwei Meter hohe Betonwand in Birten dienen. „Der Deich braucht eine Mütze. Ich hoffe nicht, dass der Weißkopfadler auf der Mauer brütet“, so Gellings sarkastisch im Bezug auf langjährige Planverfahren. „Verlässlichkeit“ sei vor diesem Hintergrund extrem wichtig.

„Ich kaufe nicht erst ein Löschfahrzeug, wenn das Haus schon brennt.“

Jan Elsner von der Bezirksregierung Arnsberg bemühte sich, die Sorge zu nehmen, und wies auf den Planungshorizont hin. Heute sichtbare Senkungen seien durch den Abbau vor 50 Jahren verursacht, die jetzt genehmigten Bereiche ließen entsprechend erst in weiter Zukunft erkennbare Folgen erwarten.

Um vom Bergbau beeinflusste Grundwasserstände kümmert sich am Niederrhein seit einem Jahrhundert die Lineg. Ihre gesetzliche Aufgabe skizzierte Gesa Amstutz, Bereichsleiterin Wasserwirtschaft: „Wir regulieren auf das vorbergbauliche Niveau.“ Gegen häufiger werdende Starkregenereignisse oberhalb einer bestimmten Schwelle sei die Lineg machtlos. „Irgendwann ist Umweltkatastrophe.“ Den „Kollaps der Kanalisation“ zu stoppen, sei nicht der gesetzliche Auftrag der Lineg.

Schäden am Kanal würden ebenso wie die „an Haus und Dom“ nach dem „Verursacherprinzip“ behoben, sagte K+S-Werksleiter Choné. Mögliche, auf Salzbergbau zurückgehende Schäden solle man melden, so Choné. „Wir wimmeln nichts ab.“ Man schaue sich das genau an und befrage einen vereidigten Sachverständigen, um auf der Grundlage seines Gutachtens Ansprüche abschließend zu bewerten.

Torsten Schäfer von der Bürgerinitiative der Salzbergbaugeschädigten forderte wie auch Niklas Franke „mehr Transparenz“ und Informationen darüber, „wo gerade abgegraben und gesprengt wird“. Auch hier signalisierte der Bergwerkschef Gesprächsbereitschaft.

Ein weit schwieriger zu erfüllender Wunsch ist der nach Klärung der sogenannten „Ewigkeitskosten“ für den Umgang mit den Folgen des Salzbergbaus, die sich erst in gut 100 Jahren nach Ausbeutung der Lagerstätten in vollem Umfang zeigen. Die Befürchtung: Spätestens dann sei das verursachende Unternehmen längst abgezogen, um Schäden zu begleichen. Wenn's denn nicht schon viel früher durch Insolvenz in die Knie gegangen sei. Die „im Bergrecht aus der Kaiserzeit“ festgeschriebene Verjährungsfrist von 30 Jahren sei unzureichend.

Handlungsbedarf räumte selbst Jan Elsner von der Bezirksregierung Arnsberg ein. Die Ampel in Berlin habe zur Novellierung des Gesetzes „ehrgeizige Pläne“ verfolgt. Doch nach der Bundestagswahl sei hier „alles wieder auf Los“ gestellt worden. Das Thema aber bleibe an den Gesetzgeber „adressiert“.

Auch die Region will mit Blick auf Berlin weiter „dicke Bretter bohren“. Vor Ort, das sicherten sich alle Akteure zu, wolle man mit allen im engen Austausch bleiben und „engmaschig“ für ungehinderten Informationsfluss sorgen. Dabei, das war Niklas Franke wichtig zu betonen, brauche es eine weite Perspektive. „Wir müssen Strukturen schaffen, die den langfristigen Folgen des Salzbergbaus gerecht werden.“ Der Weg ist weit. Aber es ist was in Bewegung gekommen an diesem langen Tag im Kreishaus.

INFO

Reinheit des Salzes wirtschaftlich reizvoll

Qualität Es gebe reichlich Salzvorkommen im Lande, sagte Ulrich Pahlke, Direktor Geologischer Dienst NRW. Die Salzfelder im Umfeld des Bergwerkes in Borth seien deshalb von so großer Bedeutung, weil hier Salz in seltener Güte liege und leichter zugänglich sei als anderswo.

Grundwasser Den Appell von BI-Sprecher Torsten Schäfer an die Lineg, rechtzeitig zu warnen, dass das Grundwasser gefährlich stark ansteige, um rechtzeitig die Keller leerräumen zu können, wies Gesa Amstutz zurück: Damit sei die Lineg überfordert, das sei nicht ihr Job. „Wir haben einen Zielwasserstand, können aber nicht den ganzen Niederrhein trockenlegen.“